

Rudi Hoogvliet/Michael Wedell

## „Von der Anti-Parteien-Partei zur Alternative im Parteiensystem“: Bündnis 90/Die Grünen

### 1 21 Jahre GRÜNE in der Bundesrepublik

Keine Partei in der Bundesrepublik hat ihre erste zwei Dekaden so erfolgreich bestritten wie die Grünen. Keine Partei hat, mit ihrem Umfeld, in so kurzer Zeit so viel bewegt in Politik und Gesellschaft. Keine Partei ist so jung und doch aus dem Parlament des Bundes und vieler Länder nicht wegzudenken.

Bündnis 90/Die Grünen ist die einzige Partei, bei der das Zusammengehen zweier Parteien nach der Wende auch nach außen sichtbar ist. Nach innen ist aber auch nach 10 Jahren festzustellen, dass es noch nicht gelungen ist, den bündnisgrünen Teil des Baums in allen Verästelungen mit Leben zu füllen. Für die Partei ist es wichtig, dass sich die Wurzeln des Bündnis 90 bei den Westgrünen stärker in das Wurzelwerk des Gesamten einästeln. Erst dann kann das Gesamte gedeihen und kippt nicht einfach in den Westen ab. Das Bündnis 90 hat gezeigt, dass Gemeinsames gerade in der Unterschiedlichkeit möglich ist. Verständigung, Gespräch, Toleranz: das werden entscheidende Stichworte für die Zukunft unserer Gesellschaft sein. Ob Probleme der Zukunft gelöst werden, hängt entscheidend auch davon ab, ob das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Funktionieren der Demokratie bestehen bleibt. Vertrauen gibt es nicht ohne Vertrauenswürdigkeit.

Und Vertrauenswürdigkeit wird Teilen der Grünen ausgerechnet nach den ersten Erfahrungen

beim Regieren im Bund abgesprochen. Seit 1998 nimmt Bündnis 90/Die Grünen auf der bundespolitischen Bühne Verantwortung wahr. Keines der zentralen Reformprojekte der aktuellen rot-grünen Bundesregierung hätte es ohne die Grünen gegeben: Nur durch die Grünen gibt es einen Ausstieg aus der Atomenergie, nur durch die Grünen gibt es eine Energiewende mit einer weltweit einmaligen Förderung der regenerativen Energien, nur durch die Grünen gibt es die Ökosteuer, nur durch die Grünen gibt es eine Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, nur durch die Grünen gibt es eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, nur durch die Grünen gibt es Haushaltskonsolidierung und Steuererleichterungen.

Die Grünen sprechen die Zukunftsfragen der Menschen an, deutlicher und pointierter noch als in ihren Gründungszeiten, weil sie die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, mit den Alltagsproblemen nicht scheuen. Doch die Stimmung bei vielen Menschen ist anders: Viele wissen zwar, dass es nicht so weitergeht wie bisher, dass Reformen zum Wohle gerade der kommenden Generationen auch Veränderungen des Gewohnten nach sich ziehen, und dabei keineswegs nur Einschränkung angesagt ist, sondern auch im hier und jetzt spürbare Verbesserungen der Lebensqualität folgen werden. Aber das Wissen ist noch nicht ins Fühlen übergegangen. Deshalb kann auch für den neuen VW-Käfer mit dem Claim ‚Weniger flower, mehr power‘ erfolgreich geworben werden, weil dieser Claim ziemlich zutreffend die Bot-

schaft unserer Tage subsumiert. Bündnis 90/Die Grünen stehen für Botschaften, die die Wahrheiten sagen und nicht für Botschaften, die eine Welt versprechen, die es so nicht gibt und nicht geben wird.

### 2 Bündnis 90/Die Grünen: eine Alternative im Parteiensystem

1980 haben DIE GRÜNEN das ‚Bundesprogramm‘, das auch als Gründungsprogramm der Partei DIE GRÜNEN bezeichnet werden kann, verabschiedet. 1993 wurde der ‚Grundkonsens‘ im Zuge der Assoziation von BÜNDNIS 90, das aus DDR-Bürgerbewegungen entstanden war, und der Partei DIE GRÜNEN verabschiedet. Alle Mitglieder haben diesen Grundkonsens sowie den Zusammenschluss in einer Urabstimmung angenommen. Mit der Grundsatzzdebatte und der Verabschiedung des neuen Grundsatzzprogramms auf dem Parteitag am 24./25. November 2001 in Rostock wird Bündnis 90/Die Grünen sich auf eine erneuerte inhaltliche Grundlage stellen. Das Grundsatzzprogramm in seinem jetzigen Entwurf ist die Niederschrift einer politischen Entwicklung der Grünen.

Seine intellektuelle und politische Leistung besteht demnach nicht darin, neue Wege zu zeigen, sondern Pfade, die neu eingeschlagen wurden, zu kartieren, in Zusammenhang zu stellen und – in diesem Zusammenhang – bewusst zu machen.

Ausgangspunkt der breit geführten Diskussion sind die Werte, denen sich eine aus den neuen sozialen Bewegungen und den Bürgerbewegungen entstandene Partei verpflichtet sieht. Bündnis 90/Die Grünen verbindet diese Werte mit den Erfahrungen und den Herausforderungen von heute: Welches sind die Probleme, die die Menschen bewegen? Wie können die Probleme nachhaltig und solidarisch gelöst wer-

den? Wie kommen wir auf dem Weg zu einer selbstbestimmten und gerechten Gesellschaft voran? Ist unser Verständnis dieser Entwicklungen auf der Höhe der Zeit? Sind unsere Grundwerte geeignet, eine feste Basis für gestaltendes politisches Handeln unter den veränderten Umständen abzugeben? Welchen Rückhalt finden unsere Visionen in der Realität und in den alternativen Möglichkeiten, die ihr innewohnen? Wo liegt die entscheidenden Weichenstellungen? Welche zentralen Aufgaben und Schlüsselprojekte setzen wir auf die Tagesordnung?

Diese Fragen stellen sich nicht nur Bündnis 90/Die Grünen. Offensichtlich stehen alle Parteien vor der Notwendigkeit einer Überprüfung und Weiterentwicklung ihrer programmatischen Orientierung. Für die Weiterentwicklung der Demokratie wird es wichtig sein, wie schnell und wie überzeugend den verschiedenen politischen Richtungen eine Beantwortung dieser Fragen gelingt. Bündnis 90/Die Grünen führt diese Debatte, um eine deutliche Orientierung über den Tag hinaus zu formulieren.

Bei der Gründung der Grünen war die Vorstellung prägend, die neue Partei vertrete gegenüber der etablierten Politik eine eigene Sphäre des ‚ganz Anderen‘, eine Art neue Welt, die die alte ablösen werde. Die Grünen fühlten sich anders und vielleicht waren sie es auch. Das war gut so und notwendig, denn ohne dies wäre die erfolgreiche Durchdringung des politischen Systems und der Gesellschaft mit grünen Ideen nicht möglich gewesen. Nach über zwanzig Jahren aber ist Bündnis 90/Die Grünen nicht mehr die Alternative zum Parteiensystem, sondern – wie es im Entwurf für das neue Grundsatzzprogramm heißt – eine ‚Alternative im Parteiensystem‘.

Bündnis 90/Die Grünen ist eine moderne Reformpartei. Die Überzeugung, dass die breite

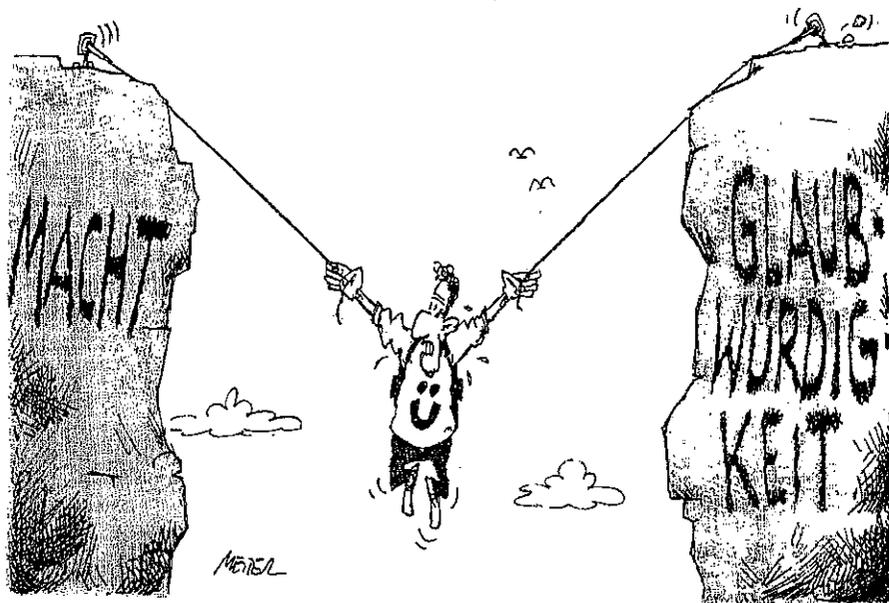
Partizipation an politische Entscheidungen ein wesentlicher Aspekt für die Förderung einer lebendigen und damit stabilen Demokratie darstellt, dass unser heutiges Handeln auch immer die Lebensumstände und Entfaltungsmöglichkeiten der künftigen Generationen berücksichtigen muss und dass Freiheit und Verantwortung untrennbar sind und sich gegenseitig bedingen bilden das unverwechselbare Rückgrat grüner Politik. Oder wie es im Grundsatzprogramm formuliert ist: „Wir verbinden Selbstbestimmung, Ökologie, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. In ihrer Wechselbeziehung machen diese Begriffe den Kern grüner Vision aus.“

### 3 Form follows Function – die Modernisierung der Organisation

Eine Modernisierung der Partei zieht neue Machtgefüge nach sich. Innovation ist mehr

als die Umstellung bestehender Gewohnheiten: Machtgefüge ändern sich. Darum fällt Innovation innerhalb von bestehenden Strukturen schwer. Es bilden sich Kartelle des Stillstands. Nur selten, und meistens erst unter enormen Problemdruck bauen sich Organisationen selbst um. Meist sind es kleine Gruppen, die in ihrer Organisation etwas Neues beginnen – in der Regel an den bisherigen Machtstrukturen vorbei. Ob die Idee auf Dauer zur Innovation wird, entscheidet sich letzten Endes draußen, wo die Konkurrenten sind. Wenn Bündnis 90/Die Grünen sich also als moderne, innovative Partei versteht, dann reicht die inhaltliche Selbstvergewisserung nicht aus. Organisatorische Konsequenzen müssen folgen.

Um es sogleich vorwegzunehmen: die Lieblingsobjekte grüner Strukturfragen, die Doppelspitzen und die Trennung von Amt und Mandat sind bei der Überlegung, wie sich Bündnis



90/Die Grünen nicht nur inhaltlich sondern auch organisatorisch modernisiert, belleibe nicht die Spannendsten. Wie auch immer in diesen Fragen weiter verfahren wird, wir plädieren für eines:

Selbstverständlich beinhaltet jede Struktur auch eine Aussage über die demokratische Verfasstheit der Organisation. Ebenso können politische Ansichten damit verdeutlicht werden. Der vorrangige Zweck von Strukturen muss es jedoch sein, wirksame und transparente Instrumente dafür zu schaffen, Impulse zu geben, Debatten zu organisieren, Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen und mit dem nötigen Controlling und der gebotenen Rückkopplung zu den verschiedenen Ebenen der Partei ihre Umsetzung zu betreiben. Klare, demokratische Strukturen helfen Macht und Informationen dort zu bündeln, wo sie demokratisch legitimiert sind. Wenn bei den Grünen auf letzteren Aspekten das Hauptaugenmerk gelegt wird, steht einem gelassenen und vernünftigen Umgang mit beiden Strukturfragen nichts im Wege.

Die Fragen, die uns hier umtreiben, sind allerdings andere.

### 4. Zurück in die Zukunft

So lautet die Losung bei der strukturellen und organisatorischen Modernisierung der Partei. Anbindung, Kooperation und Kontakte in bestimmte Sparten der Gesellschaft hinein waren in der Anfangsphase der Grünen intensiv und sozusagen integraler Bestandteil des Daseins der Grünen als Partei. Von Standbein (Fraktionen) und Spielbein (neue soziale Bewegungen) war die Rede und von der Arbeit in Bundestag und Landtagen als parlamentarische Vertretung der Bürgerinitiativen und außerparlamentarischen Organisationen. Diese Symbiose lockerte sich im Laufe der Jahre durch die Emanzipierung der Grünen und durch den par-

allel verlaufenden Rückgang der großen neuen sozialen Bewegungen der achtziger Jahre, der Friedens- und der Anti-Atomkraftbewegung.

Trotzdem betrachten sich die Grünen weiterhin als die originären Ansprechpartner der verbleibenden kleineren Teile dieser Bewegungen. Diese stellen ihrerseits weiterhin die gleich hohen Ansprüche an die Partei. Dagegen ist nichts zu sagen, seitens der Grünen ist es auch gewünscht. Problematisch wird es, wenn darüber hinaus zu wenig geschieht.

Bedenkt man, dass z.B. die beiden christlichen Kirchen 1997 in einem viel beachteten Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von einer Spaltung der Gesellschaft gesprochen und sie beschrieben haben, dann ist es einerseits wenig erstaunlich, dass alle in die Mitte der Gesellschaft, zu den Modernisierungsgewinnern wollen. Andererseits macht es deutlich, dass wir in der Gesellschaft Institutionen brauchen, die advokatorisch, stellvertretend denjenigen versuchen zum Wort zu verhelfen, die nicht mehr oder noch nicht reden können. Wo wir als Bündnis 90/Die Grünen hingehören, das ist das politische Leben mittendrin im Geschehen. Wir müssen den Finger am Puls der Gesellschaft haben, um die drängenden Fragen und Probleme zielsicher zu erfassen und auf sie eingehen zu können. Dann werden wir auch in adäquater Weise denjenigen zu Worten verhelfen können, die ihre Stimme nicht mehr oder noch nicht erheben können.

Das schaffen wir nur, wenn wir uns mit aller Konsequenz auf die Entwicklungen der Gesellschaft, die im Übrigen mit zum Bedeutungsverlust der alten neuen sozialen Bewegungen beigetragen haben, einstellen und sie in unserer Struktur und mit dadurch in unserer politischen Arbeit berücksichtigen. Nur so werden wir auch in Zukunft von uns sagen können,

dass wir tatsächlich die interaktive und zentrale Rolle bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Fragen und Problemstellungen einnehmen, die wir seit unserer Gründung anstreben; nur so bekommen wir wieder die feste Verankerung bei den politisch interessierten Gruppierungen und Allianzen von heute und morgen, die uns in den achtziger Jahren unter anderen Bedingungen ausgezeichnet und geprägt hat.

Dieses steht jetzt an, gewissermaßen als zweiten und logischen, weil daraus abzuleitenden Schritt, nach der Fertigstellung des neuen Grundsatzprogramms.

## 5. Die gesellschaftliche Entwicklung

Vieles hat sich getan und tut sich immer noch in einem rasanten Tempo. Und sicherlich wird die Entwicklung nicht linear verlaufen. Die grassierende Unübersichtlichkeit verlangt, sich strukturell flexibel zu halten und Konsequenzen, die jetzt gezogen werden müssen, immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Die Stichworte der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten zehn Jahre sind klar und nicht neu.

Das Individuum wird groß geschrieben. Nicht dass es, im Vergleich zu den 80ern, tatsächlich zu einer gewaltigen Individualisierung von Lebensläufen gekommen ist. Die gewonnene Vielfalt der Lebensformen hält sich in Grenzen. Das subjektive Bedürfnis, individuell vorzugehen und Individualität zu zeigen ist das, was vor allem gewachsen ist. Unsere Gesellschaft beruht auf einem konkurrierendem System sich steigender Machtsysteme und die in ihr existierenden Institutionen werden nicht selten als Orte erlebt, in denen der Systemerhalt vor dem Menschen steht. Auch deshalb geht mit dieser Entwicklung eine zunehmende Zurückhaltung einher, sich an Großorganisationen zu binden,

seien es Sportvereine, politische Parteien oder Kirchen.

Zwar ist das Individualisierungsphänomen keine Erfindung des 20. Jahrhunderts; es kennzeichnet die Geschichte des modernen Subjekts gegenüber den Sozialformen der jeweiligen Gesellschaft. Allerdings muss zum Beginn des 21. Jahrhunderts von einem Individualisierungsschub gesprochen werden, der eine Freisetzung des Menschen aus den die industrielle Gesellschaft kennzeichnenden sozialen Konstrukten bedeutet und damit die Grundlagen dieser Gesellschaft radikal verändert. Daher geht es auch für politische Parteien darum, den Prozess der Identitätsfindung – der zunehmend eine Lebensaufgabe wird – kritisch und stabilisierend zu begleiten, so dass für das Individuum nicht Entfremdung und Isolation, sondern vielmehr die Fähigkeit zunimmt, die Herausforderungen der Umwelt und die eigenen Lebensansprüche immer wieder produktiv miteinander zu vermitteln.

Der Zugang zu Informationen hat sich vereinfacht und stark verbreitert. Insofern ist zurecht die Rede von einer Informationsgesellschaft. Die Wissensgesellschaft jedoch haben wir noch nicht erreicht – dafür ist der Grad an Informationsverarbeitung zu gering. Im Übrigen eine der größten Herausforderungen für unser Bildungssystem. Die Zeit der tragenden Ideologien ist auch deshalb vorbei. Allerdings trifft das Lamento manch alter Kämpfe der 60er Jahre, das politische Engagement in den ausgehenden 90er Jahren sei gewissermaßen erlahmt und nicht mehr vorhanden, nicht zu. Die politische Beteiligung ist konkreter und pragmatischer geworden.

Menschen sind durchaus bereit sich zu engagieren, aber für ein abgestecktes, überschaubares Ziel und für eine bestimmte Zeit.

Ohne Vereinsstatute, Koordinationsgremien und mühsam ausbalancierte Positionspapiere.

Die Gesellschaft gewinnt weiterhin an Schnelllebigkeit. Der Halbzeitwert von Ideen, von Problemen und Problemlösungen wird immer geringer. Eine politische Partei kann dort Kontrapunkte setzen, indem sie partiell die Entdeckung der Langsamkeit propagiert, tendenziell wird sie aber mithalten müssen, um nicht abgehängt zu werden. Und wer mitmacht, fördert den Prozess.

## 6. Konsequenzen für die Grünen

Daraus folgen erhebliche Konsequenzen. Keine Institution kann in diesen Zeiten, in denen sich die Probleme komplex und die Lösungen meistens noch komplexer gestalten, glaubwürdig von sich behaupten, auf alles eine schnelle und einfache Antwort zu haben. Die Politik würde sich und den Menschen im Land einen großen Gefallen damit tun, mit dem Mythos ihrer allumfassenden Kompetenz aufzuräumen. Die Konsequenz für die Grünen heißt, noch stärker als bislang eine dialogorientierte Politik zu betreiben, Inputs zu geben und die darauf folgenden Diskussionsprozesse zu moderieren und vor allem die eigene Politik, die eigenen Vorschläge immer wieder kritisch zu überprüfen.

Die Grünen müssen sich stärker als bisher unterschiedlichen Gruppierungen öffnen. Sie müssen, von der Ortsebene ausgehend, ausgeprägte Sensoren für die Fragen und Probleme entwickeln, die aktuell in der betreffenden Umgebung, bei den (potenziellen) Sympathisantinnen und Sympathisanten der Grünen debattiert werden oder in der Luft liegen und sich als Ansprechpartner und partizipierende Dienstleisterin anbieten. Sie müssen jederzeit bereit sein, Kooperationen

auf Zeit einzugehen und zwar auch mit solchen Gruppen, mit denen man sich vielleicht nie auf ein Grundsatzprogramm einigen würde, aber die jenseits der grundsätzlichen Ausrichtung das gleiche konkrete Ziel verfolgen. Schnell und flexibel, nicht wie ein behäbiger Tanker, sondern vielmehr wie eine Armada kleiner zügiger Kleinboote – da liegt die Zukunft der Grünen. Anknüpfungspunkte gibt es genug. Es gilt sie aufzugreifen, mit einem hohen Maß an Offenheit, Neugierde und Pragmatismus.

Das würde auf der appellativen Ebene verpuffen, ja könnte sogar das gemeinsame Gebilde der Grünen gefährden, würden dazu nicht die nötigen professionellen und kommunikativen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Vielmehr als bislang muss Wert gelegt werden auf die Weiterbildung und Professionalisierung der aktiven Mitglieder. Die genannten Sensoren zu entwickeln muss man lernen. Will ein Ortsverband sich als professioneller Dienstleister anbieten, muss er das know-how und das Handwerkszeug dafür haben. Neue Formen der Parteilbeteiligung müssen überlegt werden. Aktive Mitglieder und Funktionäre werden eine wichtigere Rolle einnehmen. Darüber hinaus sollte die Partizipation an die Parteilarbeit nicht von vornherein mit einer Mitgliedschaft verbunden sein – ein Vorgehen, dass bei den Grünen bislang keineswegs ungewöhnlich war, aber nicht offensiv propagiert wird. Die frühere Gepflogenheit, auch – in Maßen – Nichtmitglieder für Mandate aufzustellen, sollte neu überlegt werden

Die Stärkung der dezentralen Strukturen sowie die schnell wechselnde Kooperation mit unterschiedlichen Partnern birgt die Gefahr in sich, dass man die politische Linie, die langfristig verfolgt wird, aus den Augen verliert. Ein hohes Maß an Koordination und parteil-

terne Kommunikation ist notwendig. Die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation werden dabei eine tragende Rolle spielen. Mit ihnen können Informationen per Knopfdruck in Echtzeit ausgetauscht und verbreitet werden. Die Fortentwicklung der Parteiprogrammatik oder wichtige Debatten können online geführt werden. Impulse, Ideen, Vorgehensweisen und Tools können dort gespeichert und abgefragt werden. Vor allem aber sind die neuen Medien ein hervorragendes Mittel außer- wie innerparteiliche Beteiligung zu erhöhen und damit das durchaus vorhandene demokratische Defizit in einem Teilbereich aufzuarbeiten. So fand vom 24. November bis zum 3. Dezember 2000 der erste Internet-Parteitag der baden-württembergischen Grünen statt, zukünftig wird an regelmäßige „kleine Internetparteitage“ für „mittelschwere“ Entscheidungen gedacht. Bei der Bundespartei sowie bei Rezzo Schlauch kann bundesweit einmalig online und sicher gespendet werden, User sollen demnächst online Mitglied werden können, gedacht ist an Projekte wie rezzonanz.de bei dem die politische Arbeit bewertet und gleichzeitig Punkte gesammelt werden können: Mitglied werden, Mitglieder werben, Werbung machen, verwertbare Ideen geben etc. – hierfür bekommt der User bestimmte Punkte. Die User, die eine bestimmte Punkteanzahl erreicht haben, gewinnen dann z.B. ein diskurs- und lebensfrohes Abendessen mit einem oder einer grünen Spitzenpolitiker(in).

Sollte diese notwendige Form der Kommunikation funktionieren und sich innerhalb der Partei etablieren, müssen nicht nur die einzelnen Ebenen der Partei entsprechend ausgestattet und vernetzt werden. Hier sind durchaus Ergebnisse vorzuweisen. Bei Parteieintritt sollte dem Mitglied die entsprechende Software und ggf. die nötige Hardware zu einem angemessenen Preis angeboten werden. Dazu Kooperationen mit Software-, Internet-, Computerfirmen zu schließen, wäre anzustreben.

Die Grünen, als Partei, die Partizipation, Selbstbestimmung und Verantwortung, entstanden aus den sozialen Bewegungen der 70er und frühen 80er Jahre, gefördert mit der politischen Erfahrung der Bewegungen der 60er Jahre sind prädestiniert, die Konsequenzen zu ziehen und sich zum Ansprechpartner der jetzt aktiven gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen aufzuschwingen – sowohl von ihrer Herkunft her, als auch als richtige und logische Konsequenz aus dem nun fortgeschriebenen Grundsatzprogramm. Der bevorstehende Bundestagswahlkampf bietet den richtige Anlass, diese Entwicklung in die Wege zu leiten.

*Rudi Hoogvliet* ist Wahlkampfmanager der Partei Bündnis 90/Die Grünen.

*Michael Wedell* ist Vorstandsreferent der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie freiberuflich als Supervisor/Coach tätig ([www.berlin-supervision.de](http://www.berlin-supervision.de))